

# High Noon am BER

## Die Baustelle des Flughafens kommt nicht voran – und hinter den Kulissen tobt ein Machtkampf der Flughafenbosse

*Benedict Ugarte Chacón*

Entweder ist meine Tätigkeit und Funktion (wieder) zu stärken, oder es sind alternativ in Erfüllung meines Geschäftsführervertrages die Konsequenzen zu veranlassen«, zitierte Spiegel online aus einem Brief des technischen Geschäftsführers Horst Amann an den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Amann war im Sommer 2012 eingestellt worden, um den Flughafenbau endlich voranzubringen. Hierzu stellte er zunächst eine Liste mit Baumängeln zusammen, die mittlerweile über 60000 Einträge umfassen soll: Von der kaputten Bodenfliese bis zur funktionsuntüchtigen Brandschutzanlage.

Der seit März dieses Jahres agierende Geschäftsführer Hartmut Mehdorn wird allerdings seit Monaten nicht müde zu behaupten, seit der Anstellung Amanns habe sich auf der Baustelle nichts bewegt. Das Berliner Boulevardblatt BZ zitierte aus Amanns Brief folgenden Satz: »Es wird versucht, mich gegenüber dem Aufsichtsrat zu denunzieren und zu diskriminieren«. Das Springer-Blatt gefällt sich seit einiger Zeit in der Rolle des angeblichen Aufklärers, indem es immer wieder durchgereichte Unterlagen und Informationen aus der Flughafengesellschaft sensationsheischend verbreitet. Welche Rolle die BZ beim aktuellen Machtkampf spielt und ob sich das Blatt bereitwillig einspannen läßt, sei dahingestellt. Darüber, wie immer wieder interne Informationen aus der Führungsebene der Flughafengesellschaft bei der Berliner Boulevardpresse landen, wollen Senat und Flughafengesellschaft keine »Vermutungen« abgeben, wie auf eine parlamentarische Anfrage mitgeteilt wurde.

Mittlerweile wurden Gerüchte laut, es werde mit Amann über einen vorzeitigen Ausstieg verhandelt. Offiziell wird das von Amann und der Berliner Senatskanzlei jedoch dementiert. Hinter den Kulissen soll aber bereits heftig um eine Ablösesumme gefeilscht worden sein. Immerhin stünde dem technischen Geschäftsführer bei einem vorzeitigen Vertragsende eine Summe von bis zu 1,7 Millionen Euro zu. Es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, daß er geht. Ob solche Manöver dem Fortgang des BER-Projekts dienlich sind, ist fraglich. Mit Amann ginge ausgerechnet der Manager, der seit Monaten die Projektängel systematisch analysierte. Eine andere Frage ist, was Mehdorn selbst seit seiner Anstellung unternommen hat, um den BER vorwärts zu bringen – wenn man von bloßen Ankündigungen und heiteren Familienfesten absieht.

Der einstige Sprecher der Geschäftsführung, Rainer Schwarz, klagt unterdessen vor dem Berliner Landgericht auf Fortzahlung seines Gehalts. Schwarz war im Juni fristlos gekündigt worden. Seinen Abgang will er sich nun mit 1,8 Millionen Euro vergolden lassen. Welche weiteren Kosten der Flughafengesellschaft in diesem Jahr durch das BER-Debakel noch entstehen werden, ist für Außenstehende bislang unklar. Am 28. September soll es eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung geben, bei der über einen finanziellen Mehrbedarf, hervorgerufen durch Netzwerkprobleme, verhandelt werden soll. Vor der Bundestagswahl konnte die Sitzung auf Grund einzuhaltender Fristen nicht stattfinden.

Auch auf der politischen Ebene wird weiter um den Flughafen gestritten. Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) hatte im Juli auf Anfrage des Piratenabgeordneten Martin Delius angegeben, daß bei Versammlungen und Demonstrationen von Flughafenkritikern nicht nur Einsatzkräfte der Polizei in Zivil eingesetzt wurden, sondern auch Ermittlungen »u.a. wegen des Verdachts der Körperverletzung, des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und des Landfriedensbruchs eingeleitet worden« seien. Nachdem die Piraten im Innenausschuß genauer nach diesen angeblichen Ermittlungen fragten, mußte Krömer im September zugeben, daß die zuständige Polizeidienststelle »einen Fehler« bei der Recherche gemacht habe, er falsch informiert worden sei und deshalb die Anfrage falsch beantwortet habe. In Wirklichkeit wurden »im Zusammenhang mit den hier angesprochenen Versammlungen (...) keine Ermittlungsverfahren eingeleitet«. Durch die Veröffentlichung der ursprünglichen falschen Antwort über den Landespressedienst wurden jedoch unbescholtene BER-Kritiker als mutmaßliche Straftäter dargestellt. Eine öffentliche Entschuldigung lehnten Krömer sowie Innensenator Frank Henkel (CDU) bislang ab.